

## "Der Markt der Illusionen" in Der Spiegel (27. März 1957)

**Quelle:** Der Spiegel. 27.03.1957. Hamburg. "Der Markt der Illusionen", p. 8.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/der\\_markt\\_der\\_illusionen\\_in\\_der\\_spiegel\\_27\\_marz\\_1957-de-59f2d69f-976f-4d4a-af16-f681b6705548.html](http://www.cvce.eu/obj/der_markt_der_illusionen_in_der_spiegel_27_marz_1957-de-59f2d69f-976f-4d4a-af16-f681b6705548.html)

**Publication date:** 05/11/2015



## Der Markt der Illusionen

Der Bundeswirtschaftsminister, so muß man der letzten Debatte im Bundestag entnehmen, hält nicht viel von dem wirtschaftlichen Sinn der frisch unterschriebenen Abkommen über die Einrichtung eines gemeinsamen Marktes. Die deutsche Industrie hingegen fühlt sich durch Euratom, durch das Abkommen zur gemeinsamen Nutzung und Kontrolle der Atomkraft ungebührlich eingeengt. Beide Projekte sollen aber „aus politischen Gründen“ nach dem Willen Erhards, nach dem Willen vermutlich aller Parteien und der Industrie, ins Werk gesetzt werden.

Was sind das für politische Gründe? Sie lassen sich rasch her erzählen:

Aus dem gemeinsamen Markt und aus Euratom wird sich das auch politisch gemeinsam handelnde Europa naturnotwendig ergeben. Die fortschreitende Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses, die im Saarabkommen eine erste Frucht gezeitigt hat, wird die europäische Einigung zumindest auf Sechser-Ebene erst ermöglichen. Wenn auch der ökonomische Nutzen des beschlossenen Zollvereins fragwürdig ist, so bedarf es doch der Drohung mit dem „Markt der Sechs“, um England an der sehr viel erwünschteren Freihandelszone zu interessieren.

Das klingt vernünftig, und darüber läßt sich diskutieren. Allerdings halten die Argumente dem Licht der jüngsten Vergangenheit und der Historie nicht stand. Ein Zollverein kann eine politische Einigung fördern, wenn der politische Wille der Bevölkerung und der Staatsmänner in diese Richtung drängt. Fehlt der Wille, wird man den Zollverein nach seinen ökonomischen Früchten beurteilen und ihn notfalls durchlöchern oder wieder auflösen.

Erst war es die Montan-Union, die als „Lokomotive“ die militärische Integration durchziehen sollte; dann war es der EVG aufgetragen, die politische und die wirtschaftliche Einigung „zwangsläufig nach sich zu ziehen“; der EPG, der Europäischen Politischen Gemeinschaft, stellte man solch ein Ansinnen erst gar nicht, sie war nicht tot geboren wie ihre glücklichere Zwillingsschwester, sondern schon tot gezeugt. Jetzt rundet sich der Tanz beamteter Illusionen, wieder soll eine wirtschaftliche Institution von zweifelhaftem Funktionswert wie von Zauberhand Europa schaffen. Weiß man, was das heißt, Europa? Eine Gemeinschaft von Menschen, die gesonnen ist, sich Ihre Unabhängigkeit durch gemeinsame Opfer zu erkämpfen — alles andere ist Diplomaten-gesäusel.

Die Bundesregierung hat sich entschlossen, den französischen Weg zur europäischen Einigung mitzugehen. Er läßt sich auf die etwas ungalante Formel bringen: Deutschland zahlt, damit Frankreich die ärgsten Löcher seines permanenten Defizits stopfen kann. Das deutsch-französische Verhältnis mag sich dabei bessern, aber was wird mit der europäischen Unabhängigkeit? Sind die Gelder, die wir Frankreich zufließen lassen (und die uns gewiß vorerst nicht umwerfen), sinnvoll angelegt, oder stärken sie nur den verhängnisvollen, nicht auf Frankreich beschränkten Hang, vom Beutel angeblich wohlhabenderer Vettern zu leben?

Eine Zollunion im 20. Jahrhundert hat den Sinn, den Lebensstandard zu erhöhen. Eine Europäische Zollunion bezweckt darüber hinaus die Aufbringung neuer, zusätzlicher Mittel, um Europa, von Ost und West unabhängig zu machen. Der Gemeinsame Markt gibt nicht einmal vor, diese Ziele verwirklichen zu können. Er hat sich mit protektionistischen Zollmauern eingezäunt, gegen die übrige freie Welt, gegen die um ihre Unabhängigkeit ringenden Staaten Osteuropas und im Effekt natürlich auch gegen das östliche Drittel unseres Landes.

Der Gemeinsame Markt läßt die Landwirtschaft, von der hauptsächlich eine Produktivitätssteigerung erwartet werden könnte, in ihren nationalen Marktordnungen erstarren. Er schafft keinen Spielraum für die unerläßliche internationale Arbeitsteilung, von einem freien Verkehr der landwirtschaftlichen Produkte wenigstens im Gebiet der Marktpartner kann keine Rede sein.

Frankreich legt es erklärtermaßen darauf an, das volle Wirksamwerden des Gemeinsamen Marktes davon abhängig zu machen, daß die Partner, namentlich die Bundesrepublik, die verzerrten französischen Sozialleistungen übernehmen, die ständig einen inflatorischen Druck auf die Währung ausüben. Was als

Frucht des Gemeinsamen Marktes — vielleicht — reifen kann, soll schon vor der Saat eingeheimst werden. Welchen Widerstand würde wohl eine SPD-Regierung, wie sie ja irgendwann einmal kommen muß, solchen für die Arbeitnehmer angenehmen Wünschen entgegensetzen, auf deren Erfüllung durch die Institution Frankreich einen Anspruch hätte! Wieder soll die Frucht vor der Leistung stehen. Solche Vorleistungen bedeuten aber in der Wirtschaft eine korrupte Währung.

Man mag darauf beharren, es stehe der Bundesrepublik nicht wohl an, wählerisch zu sein; sie habe jeder Europa-Initiative ihren Tribut zu zollen. Das ist der Reparations-Standpunkt. Aber die Erfordernisse europäischer Politik wird man nicht ungestraft nach den Maßstäben moralischer Wiedergutmachung traktieren können.

Ein groteskes Beispiel solch einer Wiedergutmachungs-Politik um jeden Preis haben wir gerade im Falle der Briten erlebt. Sie bomben den Suez-Kanal ohne jede Rücksicht auf Europa. Sie ziehen ihre Truppen ab, ohne auch nur den Versuch zu machen, gemeinsam mit den Verbündeten von den Sowjets ähnliche Zugeständnisse in Richtung einer „verdünnten Zone“ zu erlangen; und dann verlangen sie von der Bundesrepublik mehr Stationierungsgeld, und bekommen es auch. Augenblicks können wir noch zahlen, aber wir werden nicht immer zahlen können, und dann wird der Trumpf europäischer Politik wieder darin bestehen, den Integrations-Partner, den Schwertverbündeten, an Onkel Sams Kasse auszustechen.

Niemand kann es Frankreich verübeln, wenn es sich in seinem gegenwärtigen Zustand nicht auf einen freien Konkurrenzkampf mit den Deutschen einlassen will. Nur bedeutet das eben, daß ein europäischer Wirtschaftsraum mit ehrlichen Währungsparitäten mit höherem sozialem Standard aufgrund rationeller Arbeitsleistung jetzt nicht möglich ist. Müßte die Bundesrepublik große Summen aufwenden, um Frankreich durch einen einmaligen Zuschuß konkurrenzfähig zu machen, so wäre das für europäische Zwecke angelegtes Geld. Dagegen heißt es wirklich dem hundertjährigen Kalender glauben, wenn man unterstellt, Frankreich würde die Fristen, Schutz-Kautelen und „Übergangsmaßnahmen“ des Gemeinsamen Marktes dazu nutzen, konkurrenzfähig zu werden.

Der französische Staat findet längst nichts mehr dabei, seine eigenen Bürger übers Ohr zu hauen. In Frankreich wird das Brot statt teurer kleiner, und das von Amts wegen. Ist die Index-Ziffer der Lebenshaltungskosten so hoch geklettert, daß Lohnerhöhungen drohen, manipuliert der Staat die Tarife für Gas und Müllabfuhr, um unterhalb des statistisch errechneten Pegels durchschlüpfen zu können. Man kann sich ungefähr vorstellen, was Frankreichs Zollpartner von solchen Praktiken zu erwarten haben. Das kann nicht funktionieren, um so weniger, als Frankreichs zum Teil unverschuldete, zum Teil rechtschaffen verdiente Schwierigkeiten in den Kolonien nicht kleiner, sondern größer werden müssen.

In der Zange zwischen den unbegrenzten Mitteln des amerikanischen Großkapitals und den nicht zu verachtenden Möglichkeiten der farbigen Eingeborenen Afrikas war es selbst den Integrations-Professoren um Walter Hallstein nicht wohl. Sie haben sich von der Forderung, Frankreichs Kolonialpolitik in Algerien leibhaftig zu verfechten, mit dem Geld des Steuerzahlers losgekauft. Die „Sahara-Spende“ des deutschen Volkes rollt.

Daß ein perfekt gewordener Gemeinsamer Markt weitere Hindernisse vor der Wiedervereinigung auftürmen würde, bedarf nur der Erwähnung am Rande.

Von jeher beruhigt sich die Bundesregierung mit der Floskel, das Bessere sei der Feind des Guten. In Wahrheit ist die Alternative, ob man das offensichtlich Nichtfunktionierende tun darf, um überhaupt nur etwas zu tun. Die deutsche Industrie fühlt sich stark genug, auch aus europäischen Irrwegen ohne Einbußen hervorzugehen, und empfiehlt um des guten Eindrucks willen Kollaboration. Ihre Zuversicht in des Himmels Ohr. Selbst die SPD, in ewiger Negation unsicher geworden, tendiert zur Annahme der neuen Verträge, die in ihren Konsequenzen so wenig, durchdacht sind wie nur je ein Vertrag. In der Tat hat Frankreich uns mit diplomatischer Meisterschaft in die Zwangslage gebracht, eine Politik anzunehmen, die unökonomisch und uneuropäisch ist. Daß wir selbst noch den Torschlusstreiber gespielt haben, ist dabei die Adenauersche Spielart einer auch sonst nicht recht vermeidbaren Kalamität.